

# War der Stich Nothilfe?

## Prozessauftakt um tödlichen Streit in Stolberg

VON JANOU MÜLLER-BEUERMANN

**Aachen/Stolberg.** Fast sechs Monate nach der tödlichen Messerattacke auf einen 19 Jahre alten Berufsschüler muss sich seit gestern ein 18-Jähriger aus Stolberg vor dem Landgericht Aachen verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm Totschlag vor. Der Angeklagte soll den 19-Jährigen aus Eschweiler am 4. April im Streit um ein Mädchen erstochen haben. Der Prozess ist wegen des jungen Alters des Angeklagten nicht öffentlich.

Gerichtssprecher Georg Winkel erklärte am Nachmittag, der Angeklagte habe „im Wesentlichen gestanden“, sich aber auf eine „Nothilfe-Situation“ berufen. Er habe zwei Freunden helfen wollen. Laut Angaben von Polizei und Staatsanwaltschaft nach dem Geschehen war das Opfer in der Tatnacht mit einem befreundeten 17-jährigen unterwegs gewesen. Dieser soll Mitglied der NPD gewesen sein; das Opfer gehörte nicht der Partei an. Das Opfer sei aber kein Parteimitglied gewesen. Trotzdem hatten rechtsextreme Vereinigungen nach dem Tod des 19-Jährigen zu Demonstrationen und Aufmärschen aufgerufen. Winkel betonte wiederholt, dass die Tat weder einen politischen noch rassistischen Hintergrund habe und deshalb

nicht in diesem Licht gesehen werden könne. Gründe für die Tat seien vielmehr im persönlichen und privaten Bereich zu suchen.

In früheren Mitteilungen der Ermittler heißt es, der Tat seien kontrovers geführte Diskussionen in Internet-Foren vorausgegangen. In einem solchen Forum sei die Freundin eines Mitglieds aus der Gruppe des mutmaßlichen Täters von einem Mitglied aus der Gruppe um den 19-Jährigen „angemacht“ worden. Darüber habe es einen virtuell ausgetragenen Streit gegeben, der schließlich beigelegt worden sei. In der Tatnacht sei der Streit bei einem zufälligen Zusammentreffen beider Seiten neu aufgeflammt.

### Platzverweise für Neonazis

Im Vorfeld hatten Neonazis angekündigt, den Prozess mit Aktionen begleiten zu wollen. Zu nennenswerten Vorkommnissen kam es gestern aber nicht. Vereinzelt Anhänger politisch rechter Gruppierungen hatten am Vormittag vor dem Justizzentrum vergeblich versucht, Flugblätter zu verteilen. Polizeibeamte hatten dies verhindert und in wenigen Fällen Platzverweise erteilt. Für den Prozess sind fünf Verhandlungstage eingeplant. Ein Urteil wird für Mitte Oktober erwartet.